



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien

Sitzungsort: Orbansaal, Bergbräustraße 1		Sitzung-Nr.: SGA/06/2023
Sitzungsdatum: Donnerstag, 16.11.2023	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:51 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Petra Kleine	
Ausschussmitglieder	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Herr Stadtrat Fred Over	in Vertretung für Stadtrat Garita
Herr Stadtrat Robert Schidlmeier	
Herr Stadtrat Dr. Michael Kern	
Herr Stadtrat Hans-Joachim Werner	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Frau Stadträtin Maria Segerer	
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Frau Stadträtin Angela Mayr	
Herr Stadtrat Lukas Rehm	
Herr Stadtrat Karl Ettinger	
Herr Stadtrat Georg Niedermeier	
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Francesco Garita	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	4
1. Schaffung und Aufbau einer Antidiskriminierungsstelle der Stadt Ingolstadt (Zwischenbericht) (mündlicher Bericht Frau Deimel)	
Vorlage: V0818/23	4
2. Haushaltspläne der Waisenhausstiftung und des Peter-Steuart-Hauses für das Jahr 2024 (Referent: Herr Müller)	
Vorlage: V0929/23	7
3. Einführung der neuen Grabart "Grab im Urnenwäldchen" Änderung der Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung (Referent: Herr Müller)	
Vorlage: V0695/23	12
4. Bericht Familienplanungsfonds 01.11.2020 bis 30.06.2023 (mündlicher Bericht von Frau Assenbaum)	
Vorlage: V0897/23	12
5. Seniorenpartizipation für Ingolstadt; . Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 20.03.2023	15
Vorlage: V0281/23	15
Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Fischer)	
Vorlage: V0902/23	15
6. Bayerische Ehrenamtskarte: Evaluierung der Ausgabe von 6er-Karten für den ÖPNV unter Berücksichtigung der jährlichen Ausgabe eines Monats-Deutschlandtickets an die Inhaberinnen und Inhaber der Bayerischen Ehrenamtskarte in Ingolstadt	16
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.04.2023	
Vorlage: V0386/23	16
Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Fischer)	
Vorlage: V0935/23	16
7. Gewährung eines Verwaltungskostenzuschusses an die Träger der Flüchtlings- und Integrationsberatung nach der Beratungs- und Integrationsrichtlinie des Freistaates Bayern (Referent: Herr Fischer)	
Vorlage: V0906/23	17
8. Bezuschussung der Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt des Vereins Wirbelwind e.V.18	
Gemeinschaftsantrag vom 02.06.2023	
Vorlage: V0656/23	18
Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Fischer)	
Vorlage: V0927/23	19
9. Vergünstigtes 49 Euro Ticket für Sozialleistungsbeziehende	21
Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 17.07.2023	
Vorlage: V0718/23	21
Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Fischer)	
Vorlage: V0923/23	22

- 10 . Weiterführung der Fahrradwerkstatt und des Reparaturcafés im Konradviertel unter Trägerschaft der arbeit+leben gGmbH
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0925/23

22

Bürgermeisterin Petra Kleine eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Danach gibt der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe

- 1 . Schaffung und Aufbau einer Antidiskriminierungsstelle der Stadt Ingolstadt
(Zwischenbericht)
(mündlicher Bericht Frau Deimel)
Vorlage: V0818/23**

Antrag:

Die Antidiskriminierungsstelle wurde zum 01.10.2022 als Pilotprojekt für die Dauer von zwei Jahren befristet installiert (Beschluss des Stadtrates vom 26.07.2022). Über die endgültige Ausgestaltung wird auf der Grundlage einer Evaluation zum 30.09.2024 entschieden. Der vorgelegte Zwischenbericht wird bekannt gegeben.

Frau Deimel erklärt anhand der Präsentation die wichtigsten Teilbereiche, die den Stadträten zum Protokoll beigefügt wird. Die Diskriminierungsstelle gebe es seit Juli 2022 durch den Beschluss des Stadtrates. Zum 1. Oktober 2022 sei dann gestartet worden und der Aufbau in der Pilotphase sei für zwei Jahre angedacht. Frau Deimel führt aus, dass es sehr viel um Diskriminierungssensibilität gehe und sie grundsätzlich auf die Rechtsgrundlage verweise und diese auch in der Präsentation nachgelesen werden kann. Zur Sensibilisierung sei es wichtig, sich Gedanken darüber zu machen was Diskriminierung ausmache. Frau Deimel trägt den Satz von Marina Weisband vor, der auch in der Präsentation zu finden ist „Jede Gruppe, die nicht von struktureller Diskriminierung betroffen ist, konnte sich immer leisten, durchs Leben zu gehen, ohne sich mit dem Phänomen zu beschäftigen. Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie überleben, nur weil sie für die nicht Betroffenen unsichtbar sind.“ Des Weiteren geht Frau Deimel auf den Aufbau, Zahlen und Daten ein. Zum Schluss teilt Frau Deimel mit, dass weiterhin versucht werde, die Antidiskriminierungsstelle noch bekannter zu machen, denn die Sensibilität für Diskriminierung soll weiter gestärkt werden. Man werde die Vernetzungsarbeit weiter fortsetzen und das Diversity-Projekt innerhalb der Stadtverwaltung vorantreiben. Zum Stichtag am 30.09.2024 werde dann im Stadtrat entschieden, wie es mit der Antidiskriminierungsstelle weitergehe, so Frau Deimel.

Bürgermeisterin Kleine teilt bezüglich der Geschäftsordnung mit, da Stadtrat Garita nicht da sei, werde er vom ordentlich beschlossenen Vertreter Stadtrat Over vertreten.

Stadtrat Werner denkt, dass man nach diesem einen Jahr noch vorsichtig sein müsse in der Bewertung, doch er ist der Meinung, dass es sich schon gelohnt habe, diese

Antidiskriminierungsstelle einzurichten, denn es gebe den Menschen das Gefühl, dass Hilfe da sei. Stadtrat Werner hakt bezüglich der Diskriminierungen in Ämtern und Behörden nach, wie es einzuordnen sei, und möchte praktische Beispiele dazu.

Frau Deimel merkt an, dass ihr die Anonymität in beiden Richtungen wichtig sei. Wenn Diskriminierte kommen und die sich zum Beispiel gegen Beschäftigte aus der Stadtverwaltung richten und das Okay vom Diskriminierungsgeber gegeben wird, dann werde der Kontakt gesucht und bei der nächsten Hierarchie besprochen. Man versuche auch, das Image der Stadt zu wahren und Schaden abzuwenden, denn oftmals sei es auch mit einem Schaden der Stadt verbunden, und dazu sei auch wichtig zu erwähnen, dass bei vielen Themen den Beschäftigten der Stadt sehr viel an den Kopf geschmissen werde.

Stadtrat Werner möchte die Art der Diskriminierung wissen, denn mache Menschen fühlen sich schon diskriminiert, wenn sie eine Leistung nicht gewährt bekommen.

Frau Deimel beschreibt einen Fall, in dem ein behinderter Mensch in einem schriftlichen Bescheid sehr vorgeführt wurde. In diesem Fall sei dann vermittelt worden und es wurde Kontakt mit dem Betroffenen aufgenommen und gefragt, was ihm helfe, damit er sich wieder rehabilitiert fühle. Der Diskriminierte teilte mit, dass ihm eine Entschuldigung des Amtsleiters helfe und diese sei dann eingeholt worden. Es sei wichtig, die Sensibilität unter den Beschäftigten einzufordern, denn das sei auch eine Aufgabe des Diversity-Projektes.

Stadträtin Krumwiede teilt mit, dass es großartig sei, was Frau Deimel mit nur vier Stunden pro Woche schon erreicht habe. Man sei auf einem guten Weg, dass die Diskriminierung in Ingolstadt weniger werde. Stadträtin Krumwiede ist der Meinung, dass Frau Deimel die richtige für diese Meldestelle sei, da sie die richtige Sensibilität mitbringe. Des Weiteren hakt sie nach, ob veröffentlicht sei, welche Nationalität sich besonders rassistisch diskriminiert fühle. Des Weiteren möchte sie wissen, ob es Austausch mit der bundesweiten Antidiskriminierungsstelle gebe und wie es gelingen kann, diese Meldeadresse noch bekannter zu machen und ob es eine Möglichkeit gebe, die Plakate auch in Schulen auszuhängen.

Frau Deimel führt aus, dass das mit dem Kulturkreis zwei Seiten habe, denn man Befürchte durch die geringen Fallzahlen in Ingolstadt, dass es dann wiederum zur gruppenspezifischen Diskriminierung komme. Im Kontext Muslime, Antisemitismus, Rassismus, antimuslimischer Rassismus sei es zu heikel und man wäre froh, wenn die Antidiskriminierungsarbeit bezüglich Informationsangebot oder Präventionsangebot

gewisse Grundsensibilität bekomme. Frau Deimel teilt mit, dass vor kurzem ein Arbeitskreis kommunale Antidiskriminierungsstelle gebildet worden sei und intensiver Austausch mit der Stadt Regensburg und der Antidiskriminierungsstelle stattfinde. In Regensburg gebe es inzwischen eine Vollzeitstelle und von der profitiere man im Moment, denn mit vier Stunden könne man nicht viel Grundlagenarbeit machen. Frau Deimel ist mit den Sprecherinnen vom Migrationsrat gegen Diskriminierung verknüpft und es sei bis vor kurzem eine bayernweite Versammlung in Ingolstadt geplant gewesen, doch diese musste aus finanziellen Gründen abgesagt werden. Des Weiteren teilt Frau Deimel mit, dass ein Programm entwickelt werde, bei dem ein einheitliches Erfassungssystem hinterlegt sei. Dies sei allerdings noch ganz am Anfang, da es noch nicht bundesweit kommunale Antidiskriminierungsstellen gebe. Zum Thema Plakate an den Schulen teilt sie mit, dass die Plakate noch einmal überarbeitet werden sollen, damit diese für Schulen geeignet seien und dann die Plakate an alle Schulen in Ingolstadt rausgegeben werden können mit der Bitte die Plakate auszuhängen.

Stadtrat Niedermeier möchte wissen, ob es eine Studie zur Altersdiskriminierung gebe. Oft sei es schon diskriminierend, wenn man aufgefordert werde eine E-Mail zu schreiben, denn nicht jeder sei online und könne eine E-Mail verfassen. Stadtrat Niedermeier bedankt sich, dass dieses Thema angegangen werde und regt an, ob die Kommission Seniorenarbeit sich mit der Altersdiskriminierung beschäftigen könne.

Stadträtin Segerer bedankt sich für den Zwischenbericht und fragt nach, wie oft die Klärungs- und Beratungsgespräche in Anspruch genommen werden und wie die Reaktionen seien.

Frau Deimel trägt vor, dass sie für die Beratung der Betroffenen da sei und zuhöre, doch nicht alle wünschen dann eine Weiterverfolgung. Vielen genüge es, wenn sie ins Rathaus gehen können und dort alles loswerden konnten, denn dies sei oft eine enorme Aufwertung ihrer Bedürfnisse. Auch werde auf das Wohl der Menschen geachtet, den oft hinterlasse eine Diskriminierung psychische oder seelische Schäden, an diesen Menschen werden dann auch eine Beratungsadresse rausgegeben. Das andere sei die Diskriminierungssensibilität von Menschen die Diskriminierung verübt haben. Diese Gespräche werden sehr behutsam geführt, um bei den Betroffenen keine Gegenwehr zu verspüren, sondern es werde versucht, rüberzubringen, dass es um Empathie und Sensibilität gehe. Frau Deimel hofft auf viel Sensibilisierungspotential über das Diversity-Projekt, das nun stadtweit aufgesetzt werde. Die Kolleginnen von der Integration und Inklusion treiben das Projekt innerhalb der Stadtverwaltung

voran und man versuche alle Beschäftigten der Stadtverwaltung offener für mehr Sensibilität zu machen.

Stadträtin Mader bedankt sich für den Vortrag und merkt an, dass es ihr wichtig sei, dass die Antidiskriminierungsstelle bekannter werde und schlägt vor, auch in Kitas Plakate anzubringen.

Frau Deimel bedankt sich für die Anregungen und werde diese mitnehmen.

Der Bericht wurde bekanntgegeben.

Beratend

- 2 . Haushaltspläne der Waisenhausstiftung und des Peter-Steuart-Hauses für das Jahr 2024
(Referent: Herr Müller)
Vorlage: V0929/23**

Antrag:

Die Haushaltspläne der Waisenhausstiftung und des Peter-Steuart-Hauses mit Stellenplan für das Jahr 2024 werden genehmigt.

Herr Müller führt aus, dass die Jahre 2020 bis 2022 für das Peter-Steuart-Haus schwierige Jahre gewesen seien, gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung und Abläufe der Corona Krise. Das Jahr 2022 sei aufgrund von rückläufigen Erträgen, den deutlich gestiegenen Personalkosten und dem gestiegenen Materialaufwand mit einem Defizit von 238.000 Euro abgeschlossen worden. Im morgigen Rechnungsprüfungsausschuss werde der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss 2022 besprochen und diskutiert. In diesem Bericht gebe es auch einen Ausblick auf den voraussichtlichen Abschluss des laufenden Jahres 2023, bei dem man feststellen könne, dass aufgrund durchgehend stabiler Belegung der Wohngruppen mit 92,5 Prozent und trotz der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und der einmalig zu gewährenden Inflationsausgleichszahlung für das Jahr 2023 in Höhe von 151.000 Euro das Defizit im Jahr 2023 im Vergleich zum Jahr 2022 nahezu halbiert werden könne. Ohne die Inflationsausgleichszahlung würde man im laufenden Betrieb des Peter-Steuart-Hauses sogar im positiven Bereich liegen. Herr Müller teilt mit, dass er sehr erfreut darüber sei, mitteilen zu können, dass nun mit der Planung 2024 nach

mehreren Jahren wieder eine schwarze Null vorgelegt werden könne und mit einem leichten Gewinn in Höhe von 2.300 Euro gerechnet werde. Dazu trage aktuell eine nahezu Vollbelegung der stationären Wohngruppen mit solider Platznachfrage bei. Für das Jahr 2024 habe man ab Oktober 2023 Entgelterhöhungen hineingerechnet und für die übrigen Wohngruppen seien Entgelterhöhungen ab Januar 2024 einberechnet, sodass man im Bereich der Entgeltsteigerung mit einer Erhöhung von fast 1.950.000 Euro geplant habe. Ebenso seien die Stundensätze im Bereich der ambulanten Hilfen mit den Jugendämtern in Verhandlung. Herr Müller geht auf den Aufbau des Ergebnishaushaltes ein und erklärt, dass im Bereich des Aufwandes die größte Steigerung im Bereich der Personalkosten zu verzeichnen sei, und auch hier die Tarifierhöhungen im TVöD mit rund 660.000 Euro Anstieg zu Buche schlage. Des Weiteren informiert Herr Müller, dass das Peter-Steuart-Haus ein gefragter Arbeitgeber sei, denn das erfahre man immer wieder im Zuge von Nachbesetzungen von freiwerdenden Stellen. Als kommunal verwaltete Stiftung hänge man auch im Gefüge der Stadtverwaltung, die entsprechend Dienstleistungen für die Einrichtung im Bereich Personalabrechnung bringe. Die Stadtverwaltung habe für das Jahr 2024 ihre Vergütungssätze neu kalkuliert und man müsse mit einer durchaus beachtlichen Steigerung von rund 40.000 Euro rechnen. Für die Instandhaltung der Gebäude rechne man mit einem gestiegenen Ansatz von 30.000 Euro und für den Betriebsaufwand im Bereich Energiekosten habe man eine Steigerung von 7.100 Euro angesetzt. Bezüglich der Waisenhaus Stiftung führt Herr Müller aus, dass sich auch dort die positive Entwicklung in der Planung für das Jahr 2024 fortsetze und man rechne mit einem Gewinn in Höhe von 51.400 Euro, was aufgrund des kleinen Gewinns des Peter-Steuart-Hauses auf ein konsolidiertes Ergebnis von 53.700 Euro hinauslaufen solle. Mieten, Pachten und Nutzungsentgelte können stabil veranschlagt werden im Vergleich zum Vorjahr, denn dieser Betrag decke auch fast in gleicher Höhe den Aufwand für Personalabschreibungen und die Betriebskosten. Im Wesentlichen werden sich aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus die Ergebnisse aus den Finanzerträgen verbessern. Man habe im Schnitt mit rund vier Prozent Zinsen gerechnet und laufe damit im Ergebnis auf rund 56.500 Euro hinaus.

Stadtrat Ettinger bringt vor, dass es sehr erfreulich sei, dass das Peter-Steuart-Haus sehr gut ausgelastet sei. Das bedeute aber, dass die Nachfrage möglicherweise über das Angebot hinausgehe. Stadtrat Ettinger hakt nach, ob bereits Maßnahmen geplant seien, wie man diese Nachfragen bedienen könne.

Frau Bülow teilt mit, dass die Überlegungen im Gange seien. Die Nachfrage sei aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen sehr hoch, da man viele Nachfragen bei unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden bekomme und auch bayernweit die Jugendämter und der allgemeine Sozialdienst suche händeringend nach Wohnplätzen für unbegleitete Minderjährige. Daher sei man am überlegen, für unbegleitete Minderjährige etwas Neues aufzubauen, diese Überlegungen seien aber noch nicht spruchreif, so Frau Bülow. Die Nachfrage sei teilweise aber sehr schwanken, denn die Inobhutnahmestelle im Haus sei teilweise gut belegt und in anderen Monaten dann wiederum schlecht belegt. Diese Dienstleitung werde in der ganzen Region 10 und darüber hinaus angeboten. Aktuell bekomme man auch Anfragen von verschiedenen Jugendämtern, ob man sich in Ingolstadt vorstellen könne, eine zweite Inobhutnahmestelle einzurichten, doch dafür habe man leider nicht genügend Fachkräfte und auf dem Markt seien leider keine verfügbar.

Stadträtin Mayr fragt bezüglich der Rückstellungen nach, da diese auf Seite 8 nicht vorhanden seien.

Frau Hofmayer denkt, dass Stadträtin Mayr die Gewinn- und Verlustrechnung auf Seite 8 und 9 meine, denn die Rückstellung sei in der Bilanz im Jahresabschluss auf der Passivseite auszuweisen.

Stadträtin Mayr ist der Meinung, dass die Rückstellung trotzdem fehle.

Frau Hofmayer teilt mit, dass in einem Ergebnishaushalt nie Rückstellungen seien, denn Rückstellungen seien in einer Bilanz in der Passivseite zu passivieren und nicht in einer Ergebnisrechnung. Der Aufwand der Rückstellung sei den dazugehörigen Positionen eben Rückstellung Personal in der Liste bei den Personalkosten mit ausgewiesen.

Stadträtin Mayr will in Erfahrung bringen, ob nichts in der Liste stehe aber Rückstellungen vorhanden seien.

Frau Hofmayer bestätigt die Aussage von Stadträtin Mayr.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass auf Seite 13 noch einmal auf die Arten der Rückstellungen eingegangen werde.

Frau Hofmayer weist darauf hin, dass man die Rückstellung in der Liste sehe aber diese nicht explizit in der Ergebnisrechnung drin seien, da sie in den Aufwendungen mit enthalten seien.

Bürgermeisterin Kleine schildert, dass die Rückstellung benötigt werde, um zu ermitteln, wieviel tatsächlich Gewinn oder Verlust Vortrag sei.

Stadträtin Mayr führt aus, dass es irgendwann für die Stiftung einen Ausgleich für die Inflation der letzten zwei Jahre geben werde und das vermisse sie im Moment bei dieser Darstellung.

Frau Hofmayer erklärt, dass eine Werterhaltungsrücklage gebildet worden sei und diese auf Seite 5 unter Punkt 4 zu sehen sei und diese Werterhaltungsrücklage werde immer in Höhe der jährlichen Inflation gebildet.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass sie die Frage von Stadträtin Mayr verstehe, denn auf Seite fünf habe man verschiedene Rückstellungen, die nicht beziffert seien.

Stadträtin Mader fragt bezüglich der Belegung in den Außenwohngruppen nach, ob es nächstes Jahr mit Zahlen genannt werden könne.

Bürgermeisterin Kleine gibt wieder, dass die Haushaltspläne in Zukunft auch immer mit Belegungszahlen zu ergänzen seien.

Stadträtin Mader möchte des Weiteren wissen, ob die Personalerhöhung in 2024 und die Ansätze für die nächsten Jahre mit einem Prozent berechnet seien.

Frau Hofmayer erklärt, dass es nur ein Durchschnittswert sei, der dann angepasst werde.

Stadträtin Mader fragt nach, aus welchen Ländern die unbegleiteten Minderjährigen Asylsuchenden kommen.

Frau Bülow führt aus, dass aktuell die meisten unbegleiteten Minderjährigen Asylsuchenden aus Syrien und Afghanistan kommen.

Stadträtin Mader bedankt sich, und wünscht weiterhin alles Gute für die Bewohnerinnen und Bewohner.

Stadtrat Werner bedankt sich für die Vorlage und merkt an, dass er sehr erfreut sei, wenn es nächstes Jahr gelinge, eine schwarze Null zu bekommen. Man habe gewisse Chancen, denn das Entgelt sei deutlich erhöht worden, die 16,2 Prozent seien zwar nicht viel aber dennoch könne man die aufgrund der tariflichen Entwicklung gestiegene Personalkosten auffangen. Ende letzten Jahres habe man eine Gewinnrücklage von 376.000 Euro gebildet, weil die Stiftung zum Teil höhere Überschüsse als

das Peter-Steuart-Haus hatte. Die 376.000 Euro seien nicht schlecht, doch Stadtrat Werner ist der Meinung, dass davon nichts übrigbleiben werde, da 121.000 Euro aus der Gewinnrücklage verwendet werden müssen, um das Grundstockvermögen im Wert zu erhalten. Nach der Satzung der Einrichtung bestehe die Pflicht, jährlich die Inflationsrate zu erhöhen, um den Wert des Grundstockvermögens zu erhalten, und daher gehen von der Gewinnrücklage noch einmal 121.000 Euro weg. Des Weiteren habe man zur Kenntnis nehmen müssen, dass 231.000 Euro Verlust von der Gewinnrücklage aufgefangen werden müssen, da es keine Erbschaft oder Spende gegeben habe. Schlussendlich wenn die Rücklage von 356.000 Euro des Grundstockvermögens und der Verlust abgezogen werde, bleibe für dieses Jahr eine Gewinnrücklage von 28.000 Euro. Des Weiteren geht Stadtrat Werner auf den Bericht von Herrn Müller ein und merkt an, dass es 2023 gelinge den Verlust zu halbieren, doch in der Vorlage sei dargestellt, dass 170.000 Euro rauskommen aber nur noch 28.000 Euro vorhanden seien und daran sei erkennbar, dass man in einer Schieflage sei. Stadtrat Werner ist der Meinung, dass es wichtig sei, einen Stiftertag durchzuführen, um auf diesem Weg zu höheren Einnahmen in Form von Spenden zu kommen. Die SPD-Stadtratsfraktion habe bereits einen Antrag dazu gestellt, doch durch Corona konnte dies nicht umgesetzt werden. Nun sei es allerdings an der Zeit diesen Stiftertag einzuführen, so Stadtrat Werner.

Frau Hofmayer merkt an, dass bekannt sei, dass die Gewinnrücklagen nicht ausreichend seien und deshalb sei bereits mit der Regierung von Oberbayern Kontakt aufgenommen worden, um in Erfahrung zu bringen, was passieren werde. Die Regierung von Oberbayern teilte daraufhin mit, dass es fast jeder Stiftung so gehe, da die Inflation sehr hoch sei und man hohe Inflationsrücklagen bilden müsse und die Zinsen sehr schlecht gewesen seien. Das wichtigste sei, dass der Stiftungszweck gewährt werden könne und die Regierung von Oberbayern sehe kein Problem darin.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

- 3 . Einführung der neuen Grabart "Grab im Urnenwäldchen"
Änderung der Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung
(Referent: Herr Müller)
Vorlage: V0695/23**

Antrag:

1. Die Friedhofssatzung wird gem. Anlage 1 geändert.
2. Die Friedhofsgebührensatzung wird gem. Anlage 2 geändert.

Stadtrat Ettinger möchte positives Feedback dazu geben, denn er nehme wahr, dass es ein großes Bedürfnis nach alternativen Bestattungsformen gebe.

Mit 13 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

- 4 . Bericht Familienplanungsfonds 01.11.2020 bis 30.06.2023
(mündlicher Bericht von Frau Assenbaum)
Vorlage: V0897/23**

Antrag:

Der Bericht über den Familienplanungsfonds wird bekanntgegeben.

Frau Assenbaum bedankt sich beim Sozialreferat für die gute Zusammenarbeit und das Engagement und berichtet ausführlich anhand einer Präsentation. Die Präsentation liegt den Stadträten vor.

Stadträtin Segerer bedankt sich für den ausführlichen Bericht und erwähnt, dass die Zahlen super aufbereitet seien. Sie ist der Meinung, dass der Familienplanungsfonds sinnvoll sei und es entstehe nicht der Eindruck, dass das Angebot ausgenutzt werde. Stadträtin Segerer möchte wissen, welche Formate geprüft werden sollen und was mit der Aufnahme von Sonderfällen gemeint sei.

Frau Assenbaum erklärt, dass das Thema Missbrauch von Anfang an beobachtet worden sei. Bezüglich der Leistungen teilt sie mit, dass man nicht feststellen konnte, dass jemand in einem viel zu hohem Umfang Leistungen beantragt habe. Bei den neuen Formaten gehe es im Wesentlichen um das Thema Öffentlichkeitsarbeit, um zu schauen, wo welche Möglichkeiten genutzt werden können. Vor zwei Jahren sei das Thema Informationen im öffentlichen Nahverkehr besprochen worden, doch während Corona habe man sich dagegen entschieden, da der Kostennutzen vermutlich nicht zusammengepasst hätte, weil die die Busse zu schlecht genutzt waren. Man sei aber immer sowohl Verwaltungsintern als auch mit den Beratungsstellen im Austausch, um zu schauen, wo möglicherweise Zielgruppen übersehen werden und dann die entsprechende Maßnahme ergreifen zu können. Bezüglich der Sonderfälle teilt Frau Assenbaum mit, dass es immer wieder eine bestimmte Gruppe gebe, die nicht berücksichtigt werden können, dennoch müsse auch die Haushaltslage im Blick gehalten werden. Zwischenzeitlich habe man auch über das Thema Zweitwohnsitz bei Studierenden diskutiert, denn da es sei z. B. von der KUE die Rückfrage gekommen, dass es sehr schade sei, wenn man in Ingolstadt zwar ein tolles Angebot habe, das aber nicht genutzt werden könne, wenn man nicht im BAföG-Bezug sei oder hier nicht den ersten Wohnsitz habe.

Stadtrat Ettinger möchte wissen, auf wie viele Personen diese 19.000 Euro verteilt werde.

Frau Assenbaum denkt, dass dies auch in der Sitzungsvorlage verarbeitet sei, denn diese Frage habe man sich verwaltungsintern auch gestellt.

Frau Romina Müller teilt mit, dass insgesamt von 214 Personen Erstanträge gestellt worden seien und von 62 Personen 150 Wiederholungen.

Stadtrat Ettinger hakt nach, ob die 19.000 Euro durch 219 Personen geteilt werden.

Frau Romina Müller erklärt, dass die 19.031,32 Euro durch 276 Personen geteilt werde.

Stadtrat Niedermeier fragt nach, ob Sozialleistungen doppelt bezogen worden seien.

Herr Fischer verneint dies.

Frau Assenbaum führt aus, dass aus dem Bürgergeld keine Verhütungsmittel übernommen werden. Bevor es den Familienfond in Ingolstadt gegeben habe, hat der Bezirk Oberbayern insbesondere für Bewohner von Einrichtungen die Leistungen nach dem SGB 12 die Verhütungsmittel übernommen. Dies sei allerdings ab dem Moment als der Familienfond gegründet wurde eingestellt worden.

Stadtrat Niedermeier möchte wissen, ob es bezüglich der Namensgebung des Familienplanungsfonds Überlegungen gebe.

Frau Assenbaum informiert, dass man im Austausch mit den Beratungsstellen sei und man habe sich vor drei Jahren für den Begriff Familienplanungsfonds entschieden und nicht für Verhütungsmittelfond. Auch wenn manche schlechte Deutschkenntnisse haben und mit dem Begriff Familienplanungsfonds nicht so viel anfangen können. Man habe sich bewusst für diesen Namen entschieden, da nicht das Verhüten von Schwangerschaften in den Vordergrund gestellt werde sollte, sondern dass jede Frau und jeder man selbst entscheiden können wann sie Kinder wollen und wann nicht. Des Weiteren teilt Frau Assenbaum mit, dass sich mittlerweile auch weitere Kommunen für diesen Weg entschieden haben. Um auf den Familienplanungsfonds weiterhin aufmerksam zu machen, gebe es die Möglichkeit Vorträge zu halten oder auch in den Gremien und Beratungsstellen soll informiert werden. Als weitere Werbemaßnahme gebe es die Kondome, die mit einem QR-Code versehen seien, um direkt auf die Homepage zu gelangen und damit auch zum Antrag. Des Weiteren sei man auch in Kontakt mit Apotheken und Ärzten.

Bürgermeisterin Kleine erteilt einem Gast (Leiter der Beratungsstelle für Schwangere der pro Familia Ingolstadt) das Wort.

Der Leiter der Beratungsstelle für Schwangere bedankt sich für diesen Fond, denn dieser sei sehr gut ausgestaltet und erleichtere die Arbeit.

Der Bericht wird bekanntgegeben.

5 . Seniorenpartizipation für Ingolstadt;

Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 20.03.2023

Vorlage: V0281/23

Antrag:

1. Die Stadt Ingolstadt bringt analog zur laufenden Kinder- und Jugendpartizipation auch eine Partizipation für unsere Senioren auf den Weg.
2. Um eine solche Partizipation zu einem Erfolg werden zu lassen ist dem Stadtrat für seine Diskussion darzulegen, welche Erfahrungen und welche Ergebnisse eine 2015 in einigen Stadtteilen Ingolstadts durchgeführte Seniorenpartizipation erbrachte, insbesondere welche Maßnahmen damals bei der Umsetzung realisiert und wie diese durchgeführten Maßnahmen später nochmals den beteiligten Senioren zurückgespiegelt wurden.

Diskussion und Beschlussfassung siehe **V0902/23**.

Stellungnahme der Verwaltung

(Referent: Herr Fischer)

Vorlage: V0902/23

Antrag:

1. Der aktuelle Stand der Seniorenpartizipation in Ingolstadt wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Weiterentwicklung der Seniorenpartizipation in Ingolstadt erfolgt eigenständig und Aufgrund der abweichenden Sachlage nicht in Anlehnung an die Kinder- und Jugendpartizipation.
3. Der Rückblick auf die geförderten Modellprojekte zur Seniorenpartizipation in den Jahren 2008 bis 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe **V0281/23** und der Antrag der Verwaltung **V0902/23** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

6 . Bayerische Ehrenamtskarte: Evaluierung der Ausgabe von 6er-Karten für den ÖPNV unter Berücksichtigung der jährlichen Ausgabe eines Monats-Deutschlandtickets an die Inhaberinnen und Inhaber der Bayerischen Ehrenamtskarte in Ingolstadt

Beschließend

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.04.2023
Vorlage: V0386/23

Antrag:

die SPD-Stadtratsfraktion stellt hiermit den **Prüfantrag:**

Die Verwaltung prüft im Zuge der Evaluierung der Ausgabe von vier 6er-Karten für den ÖPNV die jährliche Ausgabe eines Monats-Deutschlandtickets an die Inhaberinnen und Inhaber der Bayerischen Ehrenamtskarte in Ingolstadt.

Begründung:

Die Ausgabe von vier 6er-Karten für den ÖPNV kostet 52 Euro (Tarifstufe 1), bzw. 69,60 Euro (Tarifstufe 2) und ist demnach teurer als das Deutschlandticket. Gleichzeitig ist das Monats-Deutschlandticket i.d.R. attraktiver als vier 6er-Karten für den ÖPNV.

Diskussion und Beschlussfassung siehe **V0935/23**.

Beschließend

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0935/23

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **V0386/23** und der Antrag der Verwaltung **V0935/23** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Antrag:

1. Die Evaluation „Ausgabe von 6er-Karten für den ÖPNV“ wird bekannt gegeben.

2. Die Ausgabe kostenloser VGI-6er-Karten an Ingolstädter Inhaberinnen und Inhaber der Bayerischen Ehrenamtskarte wird mit sofortiger Wirkung beendet.
3. Die im Kurzvortrag unter 4. genannte Entwicklung neuer Ausbau-, Entwicklungs- und Öffnungsmaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Bayerischen Ehrenamtskarte wird befürwortet.

Stadtrat Werner teilt mit, dass die Begründung der Vorlage nachvollziehbar sei, doch es sei zu bedenken, wenn das Ganze eingestellt werde, dann verliere die VGI 35.000 Euro an Einnahmen abzüglich der Verwaltungskosten die entstehen.

Herr Fischer erklärt, dass es davon abhängen, ob es eine zusätzliche Freifahrt mit der VGI sei oder ob sich der Busnutzer/ -Nutzerin die Streifenkarte selbst gekauft hätte. Wahrscheinlich überwiege die Zahl der Busfahrten, da diese ohnehin durchgeführt worden wären.

Stadtrat Werner merkt an, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde, allerdings werde man nicht aufhören, sich weiterhin Gedanken zu machen, wie man das Ehrenamt in einer Stadt noch mehr Wertschätzung entgegenbringen könne.

Bürgermeisterin Kleine teilt bezüglich des Ehrenamtsabend mit, dass es dort um verschiedene Aspekte gehe, denn es sei auch angesprochen worden, dass man auch zum Ehrenamt hinkommen muss, was für manche nicht ganz einfach sei. Bürgermeisterin Kleine ist der Meinung, dass überlegt werden soll, wie man von Seiten der Stadt oder der INVG Hilfestellungen leisten könne. In der Regel kommen die Ehrenamtlichen in die Einrichtungen und daher könne man sich überlegen, ob das als Danke nachher oder als möglich machen vorher unterstützt werde.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Beratend

7. **Gewährung eines Verwaltungskostenzuschusses an die Träger der Flüchtlings- und Integrationsberatung nach der Beratungs- und Integrationsrichtlinie des Freistaates Bayern
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0906/23**

Antrag:

Die Träger der Flüchtlings- und Integrationsberatungsstellen in Ingolstadt erhalten für jede nach der ab 01.01.2024 gültigen Beratungs- und Integrationsrichtlinie des Freistaates Bayern geförderten Stelle einen Sachkostenzuschuss von jährlich 6.500 Euro je Vollzeitstelle zu den nicht nach der Beratungs- und Integrationsrichtlinie („BIR III“) förderfähigen Sachkosten. Die Verwendung ist gemäß den Förderrichtlinien der Stadt Ingolstadt nachzuweisen. Dies gilt vorläufig für die Förderjahre 2024 bis 2026.

Herr Fischer trägt vor, dass hier um die Fortsetzung einer Förderung gehe, die bereits in der Vergangenheit beschlossen wurde. Sehr erfreulich sei es, dass der Freistaat Bayern die Mittel für die Förderungen der Beratungsstellen für den Zeitraum 2024 bis 2026 verlängert habe. Zusätzlich seien auch für Ingolstadt die Zahl der geförderten Stellen auf insgesamt zwölf Stellen erhöht worden. Auf die Kritik, dass die bisherige BIR-Förderrichtlinie Sachkosten nicht berücksichtigt habe, habe der Freistaat Bayern nur minimal reagiert. Die neue Richtlinie sehe jetzt als pauschalen Förderaufschlag für Sachkosten ein Prozent der Personalkosten und damit maximal 690 Euro im Jahr vor, aber damit könne eine Beratungsstelle nicht betrieben werden. Daher haben sich die Träger der Wohlfahrtspflege, die das Personal für den weit überwiegenden Teil der BIR-Stellen in Ingolstadt (9,2 der 12 Stellen) beschäftigen, die Stadtverwaltung um einen Sachkostenzuschuss ersucht, um auch die nächsten drei Jahre die Flüchtlings- und Integrationsberatung in Ingolstadt aufrechterhalten zu können.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

8 . Bezuschussung der Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt des Vereins Wirbelwind e.V.

Beratend

**Gemeinschaftsantrag vom 02.06.2023
Vorlage: V0656/23**

Antrag:

wir beziehen uns mit diesem Gemeinschaftsantrag auf das Gespräch des Wirbelwind Ingolstadt e. V. mit Ihnen und dem Sozialreferenten Herrn Fischer am 21. März 2023.

Im Vorfeld informierte die neue Geschäftsführerin des Vereins über dessen wichtige Arbeit und bat die unterzeichnenden Fraktionen und Gruppierungen des Stadtrates um Unterstützung bei der Änderung der bisherigen Finanzierung.

Dabei wurde bereits allgemeine Zustimmung signalisiert. Aus diesem Grunde stellen wir folgenden

Gemeinschaftsantrag

1. Fehlbetragsbezuschung befristet auf 3 Jahre (unverändert). Erhöhung der Deckelung auf 250.000 € (neu).
2. Folgende Ausgaben können wir künftig mit der Erhöhung der Deckelung leisten:
 - 2.1. Erhalt von 3,5 Fachpersonalstellen und 15/39 Std. Verwaltungspersonal
 - 2.2. Bezuschung einer Geschäftsführung (Teilzeit auf 20 Stunden)
 - 2.3. Jährliche Anpassung der Gehälter an den TVöD (3,5 VZÄ Fachberatungspersonal,
15/39 Std. Verwaltung und 20/39 Std. Geschäftsführung)
 - 2.4. Bezuschung der gesamten tatsächlichen anfallenden Mietkosten (Schulungsraum/Geschäfts- und Beratungsräume)
 - 2.5. Zuschuss zur Altersvorsorge
3. Die Gewährung der Zuschusserhöhung (Deckelung) soll ab dem 01.01.2023 rückwirkend erfolgen

Diskussion und Beschlussfassung siehe **V0927/23**.

Beratend

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0927/23

Der Gemeinschaftsantrag V0656/23 und der Antrag der Verwaltung V0927/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Antrag:

1. Der Verein Wirbelwind e.V. erhält ab 01.01.2024 einen Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten in Höhe des jährlichen Fehlbetrags nach Abzug sämtlicher staatlichen Zuschüsse und sonstiger Einnahmen für die Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt.
Ein Betrag aus den Spenden von bis zu 10.000 Euro jährlich für zweckgebundene Spenden bleibt anrechnungsfrei.
2. Die Deckung der Ausgaben erfolgt aus dem Haushalt des Amtes für Soziales.

Stadtrat Over bedankt sich für den Antrag und bittet um wohlwollende Beratung.

Herr Fischer verweist auf die Bedeutung der Fachberatungsstelle hin, denn die Zahlen die die unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs

der Bundesregierung veröffentlicht habe zeigen, wie wichtig die Aufgaben seien. Sexuelle Gewalt im Kindesalter habe jeden siebten bis achten Erwachsenen in Deutschland im Laufe seines Lebens betroffen. In Ingolstadt habe man 114.000 volljährige Einwohner, wenn dies durch acht geteilt werde, haben 14.000 Ingolstädter und Ingolstädterinnen im Laufe ihres Lebens sexuelle Gewalt im Kindesalter erfahren und es gebe noch eine sehr hohe Dunkelziffer von Bürgerinnen und Bürger, die bisher keine Hilfe in Anspruch genommen haben. Zu einer Überraschung führe auch, die Zahlen der Weltgesundheitsorganisation, zur Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen. In jeder Schulklasse seien im Schnitt ein bis zwei Schülerinnen oder Schüler von sexueller Gewalt betroffen. In der Kriminalstatistik nehme deutschlandweit die dokumentierten Fälle von Kindesmissbrauch zu. 2018 seien es 12.300 und im vergangenen Jahr 15.000 gewesen, dies ist ein Anstieg von 26 Prozent binnen vier Jahren. Herr Fischer ist der Meinung, dass die Zahlen zeigen, dass es eine wichtige Aufgabe sei, in der die Beratungsstelle arbeite und der Gemeinschaftsantrage habe genau das aufgegriffen.

Stadtrat Werner merkt an, dass sich alle Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften des Stadtrates sehr intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Alle seien in Kontakt mit dem Verein Wirbelwind und bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, dass es möglich war diesen Gemeinschaftsantrag zu stellen.

Stadträtin Mader teilt die Meinung von Stadtrat Werner und merkt an, dass wie wichtig die Arbeit von dem Verein Wirbelwind sei und ebenso anerkennungswert sei, dass die Gruppierungen und Fraktionen im Stadtrat eine Linie gehen.

Stadtrat Rehm wendet ein, dass die AfD-Stadtratsfraktion nicht mit in den Gemeinschaftsantrag einbezogen worden sei und finde dies von den Stadtratskollegen sehr schwach.

Bürgermeisterin Kleine ist der Meinung, dass es schwer sei über die Zustände zu sprechen und bei gewünschter Kollegialität auch der Zustand der AfD miteinbezogen werden muss. Bürgermeisterin Kleine denkt, dass nicht behauptet werden könne, dass der Stadtrat nicht zuvorkommend, neutral und kollegial sei.

Stadtrat Schidlmeier schließt sich seinen Vorredner an. Er erinnere sich an das Me-Too Projekt, das einiges in der Öffentlichkeit wachgerüttelt habe. Wichtig anzusprechen sei auch der Missbrauch in Kirchen, denn auch hier sei die Dunkelziffer sehr hoch, doch auch das werde bereits in die Öffentlichkeit getragen und bei allem das an die Öffentlichkeit gelange, könne angesetzt werden.

Frau Deimel teilt mit, dass am 25.11.23 der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen sei und am 24.11.23 um 13:30 Uhr finde eine kurze Fotokampagne Session mit Schildern und Sprüchen statt. Die Einladung sei bereits an die Mitglieder des Beirates für Gleichstellungsfragen geschickt worden und wenn es in Ordnung ist werde sie die Einladung auch allen Stadtratsmitglieder zukommen lassen.

Stadtrat Over merkt an, dass er die Worte an die Beraterinnen weitergeben werde und bedankt sich.

Bürgermeisterin Kleine bedankt sich beim Referenten und der hervorragenden Geschäftsführung vom Verein Wirbelwind. Sie führt aus, dass es nicht einfach sei, einen Zuschuss zu begründen, dass er auf der einen Seite den Bedarf eines Vereines decke und auf der anderen Seite auch konform mit den Förderrichtlinien sei. Jede Spende sei wichtig und des Weiteren erwähnt Bürgermeisterin Kleine, dass die Vereine, die diese Gewaltschutzkonzepte machen aktuell nichts dafür bezahlen müssen. Der Verein Wirbelwind mache das als Präventionsleistung und daher sei es nicht nur ein Verein, sondern die Einrichtung der Stadt und was der Verein an die Stadt zurückgebe möchte sich Frau Bürgermeisterin Kleine bedanken.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

9 . Vergünstigtes 49 Euro Ticket für Sozialleistungsbeziehende

Beratend

- Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 17.07.2023**
Vorlage: V0718/23

Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen: Die Stadt Ingolstadt bietet allen ihren Sozialleistungsbeziehenden an, künftig auf Anfrage 30€ zu den von ihnen gekauften 49 Euro Tickets beizusteuern. Über dieses Angebot informiert die Stadt in ihrem Sozialkompass, an der Tafel, an ihren Universitäten, auf dem Arbeitsamt und an sonstigen relevanten Orten. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob dieses Angebot auch aufsuchend beworben werden kann.

Diskussion und Beschlussfassung siehe **V0923/23**.

Beratend

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0923/23

Der Antrag der Stadtratsgruppe die Linke **V0718/23** und der Antrag der Verwaltung **V0923/23** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Antrag:

Auf die Einführung eines freiwilligen städtischen Zuschusses für den Kauf von ÖPNV-Fahrkarten durch Sozialleistungsbeziehende wird verzichtet.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

10 . Weiterführung der Fahrradwerkstatt und des Reparaturcafés im Konradviertel unter Trägerschaft der arbeit+leben gGmbH
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0925/23

Antrag:

1. Die Fahrradwerkstatt und das Reparaturcafé im Konradviertel werden ab 01.01.2024 unter Trägerschaft der arbeit+leben gGmbH weitergeführt.
2. Der Träger erhält hierfür gemäß den „allgemeinen Zuwendungs- und Förderrichtlinien 2019 der Stadt Ingolstadt“ einen jährlichen freiwilligen Zuschuss in Höhe von bis zu 30.000 €.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

---Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet---

